

2. Körner-D. 3. Gillemeister-D. 4. Meyer-D. 5. Scherer-S. 6. Schatz-D. 7. Schewohl-D. 8. 15. 2. Bruna: 1. Weaner-S. 2. Sperrwurst. 3. Jandt-S. 4. von Cardinaur-S. 5. Peter: 1. Deusch. 2. Weaner-D. 3. Hochjanna: 1. Sonneder-D. und 2. Schfeld-D. 15. 44. 1. Hirschfeld-D. 4. Contur. 1. 1:45 Punkten.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feiertage“ „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspreise: Beim Bezug in der Stadt bzw. Agenten monatl. RM. 1.50 einchl. 15 bzw. 20 Pfg. Zustellgebühr, beim Bezug durch die Post monatl. RM. 1.40 einchl. 15 Pfg. Postzeitungsgeb., zusätzl. 36 Pfg. Bestellgeb., Einzelnumm. 10 Pfg. Schriftl. Druck und Verlag: G.W. Jaiser (Inh. H. Jaiser), Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Gans, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1spaltige Doppelt-Zeile ober dem Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J., Restameilen 60 J., Sammel-Anzeigen 50 Pfg. Zuschlag - für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefon. Aufträge und Nach-Anzeigen wird keine Gebühr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschafter Nagold - In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. - Postfach No. Stuttgart 5113

Nr. 220

Gegründet 1827

Dienstag, den 20. September 1932

Fernsprecher Nr. 29

106. Jahrgang

Tagespiegel

Der Herr Reichspräsident empfing am Montag vormittag den Reichskanzler zum Vortrag.

Reichskanzler v. Papen hatte am Montag mittag eine lange Aussprache mit dem Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, und dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held. Es dürfte sich weniger um die Fragen der Reichsreform als um die Reichstagswahl gehandelt haben.

Das Reichskabinett ist am Montag nachmittag 5 Uhr zusammengetreten, um die außenpolitische Lage, wie sie durch die englische Note entstanden ist, sowie die Kontingenzierung und die Finanzfrage, zu beraten. Der Kanzler berichtete über die innenpolitischen Befürchtungen, die er mit Dr. Held, Schäffer u. a. hatte.

Beim Besuch des Landtagspräsidenten Kerl beim Reichspräsidenten in Gegenwart des Reichskanzlers und des Staatssekretärs Reichner erklärte Kerl laut Pressebericht der NSDAP, als Landtagspräsident hatte er sich für verpflichtet, auch dem Reichspräsidenten gegenüber, seinen Einspruch gegen das von der kommissarischen preussischen Regierung geübte Vorgehen zum Ausdruck zu bringen. Die Bemerkungen, eine verfassungsmäßige Regierung einzusetzen, seien an der verfassungsmäßigen Aenderung der Geschäftsordnung durch die Regierung und die Mehrheit des vorkriegs Landtags gescheitert. Der neue Landtag habe dem Reichskommissar Papen am 30. August mit großer Mehrheit die Mißbilligung ausgesprochen, Papen habe also keine Aussicht, zum Ministerpräsidenten in Preußen gewählt zu werden. Eine Neuwahl würde auch keine grundlegende Aenderung in der Zusammensetzung des Landtags bringen. Nach dem Vortrag Kerls fand eine Aussprache statt, an der sich der Reichspräsident und der Reichskanzler lebhaft beteiligten.

Durch Verordnung des Reichspräsidenten wird § 29 des Reichsbankgesetzes vorerst für die Dauer von 2 Jahren außer Kraft gesetzt. Dadurch erhält die Reichsbank wieder volle Freiheit über ihre Diskontpolitik und kann gegebenenfalls den Diskontfuß erniedrigen, auch wenn die Golddeckung von 40 v. H. unterschritten ist.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstags wird am Donnerstag sofort mit der Vernehmung der Zeugen über die bekannten Vorgänge in der Sitzung vom 12. September beginnen. Geladen sind u. a. Reichstagspräsident Göring, die Schriftführer und Stenographen. Zwischen den Parteien wird noch über eine Verständigung verhandelt, die es dem Reichskanzler, dem Innenminister und dem Staatssekretär der Reichskanzlei v. Pland ermöglichen, vor dem Ausschuß zu erscheinen.

Der Gemeindevorstand des preuß. Landtags hat einen nationalsozialistischen Antrag, daß die Gemeindevertretungen in Preußen zusammen mit dem Reichstag am 6. November neu gewählt werden sollen, mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten angenommen.

Auf dem Kongreß der Christl. Gewerkschaften in Düsseldorf lagte der frühere Reichsarbeitsminister Stegerwald, er lehne es ab, das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung in Grund und Boden zu verdammen. Aber dessen Auswirkungsmöglichkeiten stehen mit den Wahlkämpfen nicht im Einklang. Es wäre ratsam, wenn während des Wahlkampfes eine „objektive“ Regierung anstieren würde. Gegen den Reichspräsidenten dürfe sich der Kampf nicht richten, sonst würde überhaupt kein das Volk zusammenhaltendes Element mehr vorhanden sein. Die Jahre 1932 und 33 seien ungeheuer entscheidungsschwer für die deutsche Zukunft. Der Gewerkschaftskongreß nahm eine Entschließung an, in der es nach scharfer Kritik an der Reichsregierung heißt, die Wirtschaft könne nicht gefunden, wenn die Kauf- und Lebenskraft der Massen erdrückt werde. Dazu komme die neue Benützung durch die Reichstagswahl, die den Eindruck mache, als solle der offenen oder verhängten Diktatur der Boden geröhrt werden. Davor warnen die Gewerkschaften. Diese Entwicklung müsse die Arbeiterklasse in schärfste Opposition gegen den Staat setzen und sie noch mehr radikalisieren. Nur vertrauensvolle Zusammenarbeit schaffe ein einiges starkes Deutschland.

Die Berliner Presse verurteilt einstimmig die englische Antwort mit ihren „aberwichtigen juristischen Sticheleien“ (Lokalanzeiger). Der „Börsenkurier“ sagt: Hier bereitet sich nichts anderes als eine dritte Schuldfrage vor. Die erste lautete: Deutschland hat die Welt überfallen. Die zweite hieß: Deutschland hat mit Geldzerstörung und Anleihen die Welt betrogen. Soll die dritte nun lauten: Deutschland hat die Abrüstung hintertrieben, die Welt im ungeeignetsten Augenblick beunruhigt und den wirtschaftlichen Wiederaufstieg behindert?

Bei der 100-Jahrfeier des Gustav-Adolf-Vereins in Leipzig überbrachte am Montag Reichsinnenminister v. Gagal die Grüße der Reichsregierung und hielt eine längere Ansprache.

Am Montag begannen in Kolbenburg ob Tauber die Manöver der 7. (bayerischen) Division unter Leitung von Oberst Ritter v. Reichenstein.

Englands Antwort

Im Kielwasser Frankreichs

Berlin, 19. Sept. Der britische Botschafter überreichte gestern dem Reichsaußenminister eine Denkschrift der britischen Regierung, die nach Form und Inhalt allgemein Aufsehen erregt.

Die britische Regierung bedauert, daß durch den deutsch-französischen Notenwechsel über die deutsche Gleichberechtigung auf dem Gebiet der Abrüstung Fragen von größter Bedeutung für das Fortschreiten der Konferenz und die Zukunft der Abrüstung selbst im gegenwärtigen Augenblick aufgeworfen werden. Das Vorgehen Deutschlands, die Gleichberechtigung gewaltsam in den Vordergrund zu stellen, müsse für die Konferenz sehr nachteilig sein. Der deutsche Schritt sei als unklar und unzulänglich zu bezeichnen im Hinblick auf Deutschlands wirtschaftliche Schwierigkeiten und auf die vor kurzer Zeit erst Deutschland von seinen Gläubigern gewährten Zugeständnisse. Die britische Regierung könne nicht einer Mißachtung vertraglicher Verpflichtungen Unterstützung gewähren oder moralischen Beistand leisten. Die wahre Lage auf Grund des Vertrags sei die, daß der Verfall der Verträge Teil V noch bindend sei und seine bindende Kraft nur durch Vereinbarung verlieren könnte. Es sei keine richtige Auslegung der Rechtsgrundsätze des Verfall der Verträge Teil V noch bindend sei und seine bindende Kraft nur durch Vereinbarung verlieren könnte. Es sei keine richtige Auslegung der Rechtsgrundsätze des Verfall der Verträge Teil V noch bindend sei und seine bindende Kraft nur durch Vereinbarung verlieren könnte. Es sei keine richtige Auslegung der Rechtsgrundsätze des Verfall der Verträge Teil V noch bindend sei und seine bindende Kraft nur durch Vereinbarung verlieren könnte.

Die Frage der Gleichberechtigung beruhe in sich Erwägungen des Nationalstolzes und der nationalen Würde, die tief aus Herz eines Volkes greifen und einem Groll Nahrung geben, der sonst verschwinden und freundschaftlicheren Gefühlen Platz machen würde. Im Interesse der allgemeinen Befriedigung sei es deshalb sehr zu wünschen, daß alle solche Fragen durch freundschaftliche Verhandlungen und vereinbarte Ausgleichsmaßnahmen erledigt werden, ohne daß dabei vertragliche Verpflichtungen mißachtet oder die Gesamtziele der bewaffneten Macht erhöht werden. Aber dieses wünschenswerte Ziel lasse sich nicht durch eine befristete Herausforderung und auch nicht dadurch erreichen, daß man sich von Beratungen zurückziehe, die gerade wieder ausgenommen werden sollen. Es lasse sich nur erreichen durch geduldige Erörterungen im Weg einer Konferenz zwischen den beteiligten Staaten.

Auslandsstimmen

Die englische Presse billigt es, daß die britische Regierung von Deutschland fordere, auf die Konferenz zurückzutreten. Das Ausscheiden Deutschlands könnte das ganze Abrüstungswerk gefährden, zumal auch Italien abgedröht habe, fernzubleiben. „Times“ meint, die andern Staaten hätten sich baldmöglichst klar darüber werden, was sie zu tun gedanken, wenn Deutschland aufrücken sollte, sie müßten aber auch erwägen, welche Zugeständnisse sie zu machen bereit seien, wenn die Konferenz nicht allen Mächten die gleichen Beschränkungen und Verbote auferlege, wie sie gegen Deutschland gelten.

Die Pariser Presse ist mit der englischen Denkschrift unzufrieden, weil sie nicht ein offenes „Nie!“ ausspreche, wie Herriot es getan habe.

„Schamloser Treubruch“

London, 19. Sept. In einem Zeitungsartikel schreibt Lloyd George, der frühere englische Premierminister und Mitverfasser des Versailler Vertrags: „Ich nehme keinen Anstoß, die deutsche Auffassung mir zu eigen zu machen, die dahin geht, daß die Siegernationen sämtlich die Treue in der Abrüstungsfrage gebrochen haben.“

Amerika und der deutsche Schritt in der Abrüstungsfrage

Newyork, 19. Sept. Der Berichterstatter der „Herold Tribune“ in Washington meldet, vor der Veröffentlichung der englischen Note haben in London Bepflegungen von Vertretern Großbritanniens und Amerikas stattgefunden, die eine Einschränkung der Rüstungen betrafen. Angesichts der Art der britischen Erklärung sei das Auswärtige Amt in Washington nicht der Auffassung, daß Amerika eine ähnliche Antwort geben müsse, da der Wunsch der Vereinten Staaten nach einer Fortsetzung der Ab-

rüstungskonferenz wohl bekannt sei. Der Druck in der Weltwirtschaft sei ein Grund mehr dafür.

Herriot an Borah

Paris, 19. Sept. „Chicago Tribune“ will erfahren haben, daß Herriot ein herzlich gehaltenes Schreiben an den Senator Borah gerichtet habe, um Amerikas Unterstützung für den französischen Standpunkt in der Abrüstungsfrage zu gewinnen. Herriot habe versichert, daß Frankreich hinter Hoover's Abrüstungsplan stehe und auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten in Genf hoffe. Man vermiete, daß Herriot unter der Hand eine Art Unterstützungszusage von Amerika erhalten habe, die es gestatten würde, Hoover's Plan durchzuführen.

Die amtliche Auffassung

Berlin, 19. Sept. In hiesigen ausländischen Kreisen sieht man in der englischen Denkschrift zur Abrüstungsfrage gegenüber den Äußerungen der englischen Öffentlichkeit in den letzten Tagen eine gewisse Schwächung. Man hätte eigentlich aus diesen Äußerungen einen mehr verbindlichen Ton erwarten können und eine Haltung, die mehr dem deutschen Standpunkt zuneigen würde.

Es dürfte schwer sein, zu sagen, ob diese Schwächung Englands auf die angeblichen Geheimdokumente Herriots zurückzuführen ist. Bei diesen angeblichen Geheimdokumenten handelt es sich um alte Lederschränke, denen wir mit aller Ruhe entgegensehen können.

Das politische Ziel der englischen Denkschrift ist, die Abrüstungskonferenz unter allen Umständen zu retten und dadurch positiv zu gestalten, daß man Deutschland zum Wiedereintritt in die Verhandlungen zu bewegen hofft. Im ersten Teil kommt die Denkschrift dem französischen Standpunkt weitest entgegen, während sie im zweiten Teil die Notwendigkeit der Gleichberechtigung anerkennend unter der Voraussetzung, daß keine Aufrüstung erfolge. Jeder läßt die Denkschrift aber die Angaben vermissen, in welcher Weise diesem Standpunkt Rechnung getragen werden soll. Deutschland hatte seinerzeit in seiner Denkschrift zur Gleichberechtigungsfrage hervorgehoben, daß eine Lösung nur in Frage kommen kann, in der keinerlei Sonderbestimmungen mehr Geltung haben. Angesichts der Tatsache, daß der deutsche Standpunkt in dem kürzlich erfolgten Schreiben an den Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, niedergelegt worden ist, an dem sich auch durch die englische Denkschrift nichts ändert, wird die deutsche Regierung hierauf keine Antwort erteilen. Deutschland wird, wie es angekündigt hat, die Verhandlungen des Büros der Abrüstungskonferenz mit Aufmerksamkeit verfolgen und von dem weiteren Gang dieser Verhandlungen keine Entschlüsse abhängig machen.

Den im ersten Teil der Note enthaltenen Hinweis, daß der deutsche Schritt in der Abrüstungsfrage „angehörig der wirtschaftlichen Weltlage unzeitgemäß“ sei, kann man nur als eigenartig bezeichnen. Ganz abgesehen davon, daß diese Feststellung im völligen Widerspruch zu der englischen Auffassung steht, die die Frage der Gleichberechtigung als eine Frage der Ehre und Würde einer Nation bezeichnet, ergibt sich aus den verschiedensten Äußerungen und Berichten der Wirtschaftsführer der letzten Zeit, daß die Frage der Gleichberechtigung die Voraussetzung jeder wirtschaftlichen Gesundung ist. Die englische Note gibt selbst zu, daß Deutschland gar nicht anders handeln konnte und die Frage der Gleichberechtigung jetzt nicht unwillig vom Zaun gerissen hat. Es könnte übrigens nur immer wieder betont werden, daß Deutschland keinen Standpunkt in der Abrüstungsfrage schon seit Jahren klar und deutlich zum Ausdruck gebracht hat und daß es notwendig ist, die Frage jetzt endgültig zur Entscheidung zu bringen.

Wenn England jetzt versucht, unter Bezugnahme auf Teil V des Versailler Vertrags einen Unterschied zwischen „Zweck“ und „Ziel“ einer vertraglichen Abmachung zu konstruieren, so kann dies nur als eine iphthindige Auslegung der Einleitung zu Teil 5 des Versailler Vertrags bezeichnet werden.

Wir haben in letzter Zeit wiederholt vor der Annahme in Deutschland gewarnt, daß sich in den amtlichen englischen Kreisen eine deutschfeindlichere Richtung angebahnt habe, wie es aus manchen Äußerungen von Staatsmännern und Wählern hätte scheinen können. Mac Donald meint es vielleicht manchmal gut, aber er ist schwach und kommt jedenfalls gegen die durchaus französisch eingestellten Minister Simon, Samuel und Chamberlain nicht auf. D. Schr.

Unannehmbar!

Berlin, 19. Sept. Die englische Denkschrift wird hier allgemein als unannehmbar abgelehnt. Ihr sogenannter Vermittlungsvorschlag will Deutschland theoretisch grüßlich Gleichberechtigung zubilligen, davon praktisch Gebrauch zu



machen, soll ihm aber auf Grund des Verfallens Vertrags verboten bleiben. England befindet sich ohne es offen einzugehen zu wollen, eben wieder als der erhabene Befehlsmann der französischen Politik, wenn es auch das brutale „Rein, niemals, unerhört!“ herrsche nicht offen sich zu eigen zu machen wagt.

Das englische Schriftstück ist ein Musterbeispiel von juristisch-diplomatischer Spitzfindigkeit und hat offenbar den britischen Außenminister Simon, der ein unentwegter Parteigänger Frankreichs ist, zum Verfasser. Nach Ton und Inhalt kann hier von einer „Vermittlung“ nicht gesprochen werden. Es muß eine Verkündung erschweren, wenn die englische Erklärung den deutschen Schritt als „anfang“ und „unzeitgemäß“ abzanzeln zu dürfen glaubt. Die Zustucht zu der juristischen Spitzfindigkeit, die internationale Rüstungsgleichheit sei nicht die „Bedingung“, sondern das „Ziel“, schwächt die moralische Wirkung der Vermittlung vollends ganz ab; sie erhebt sich nicht über die auf der Conferenz selbst angewandten unerfreulichen Methoden.

Neue Nachrichten

Der Wahlkampf beginnt

Der „Deutsche Nationalverein des Dritten Reichs“ Hugenberg über die Aufgaben der DNVP.

Berlin, 19. Sept. Unter der Überschrift „Partei?“ äußert sich Dr. Hugenberg in den Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei über die Aufgaben der DNVP. Er habe nie an die Zahl, sondern nur an das Können und an den Willen geglaubt. Das Ziel der Zusammenarbeit der Deutschnationalen mit den Nationalsozialisten sei gewesen: Erlösung des Landes und Volkes vom „System“, vom Parlamentarismus, vom Parteienstaat, von der wirtschaftlichen Verelendung. Die Politik der Nationalsozialisten sei leider von dem Augenblick an schlecht geworden, als sie es grundsätzlich ablehnten, auf den Rat der Deutschnationalen zu hören. Das habe sich am Tag vor Haryburg vollzogen. Ohne die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten wäre auch die psychologische Grundlage der jetzigen Regierung nicht möglich gewesen. Daß die Deutschnationalen diese Regierung, die dem Grundübel Parlamentarismus handelnd zu Selbe ging, stützen mußten, sei selbstverständlich gewesen. Die heutige deutsche Wirtschaftslage könne nur auf politisch-autoritären Weg überwunden werden, und diese Überwindung sei nicht möglich, ohne gleichzeitigen oder nachfolgenden völligen Umbau des Staats. Die Männer, die am 12. September den Reichstag nach Hause schickten, müßten, wenn sie vor der Geschichte bestehen wollten, von der Notwendigkeit befeßt sein, diese beiden Lösungsaufgaben zu lösen. Die Deutschnationale Volkspartei stelle sich um, sie sei nunmehr nur noch sehr bedingt Partei, vielmehr der Träger der vereinten Volksgemeinschaft. Wir haben zu verhindern, daß aus Nationalismus Reaktion wird, daß Gouvernamentalismus das freie Wachstum des Neuen und Jungen erstickt, daß hinter den Kulissen Sonderinteressen und Selbstzweckgedanken aus gesunden Früchten Raupe nester machen. Wir haben sozusagen ein Coagulum zu verflüssigen, nämlich das des völkischen Staats und der völkischen Wirtschaft. Arbeit ist die Lösung. Wir sind unserem ganzen Willen nach der „Deutsche Nationalverein des Dritten Reichs“ und viel mehr als das.

Gründung eines „Deutschen Nationalvereins“

Berlin, 19. Sept. In einer von etwa 100 geladenen Teilnehmern besuchten Versammlung im Krollsal wurde die Gründung des „Deutschen Nationalvereins“ beschlossen. Der vorläufige Vereinsvorstand besteht aus Oberregierungsrat Dr. Willermuth-Berlin, Graf zu Dohna-Bonn und Rechtsanwalt Ziebill-Königsberg i. Pr., Stellvertreter Wlanowich-Möllendorf-Berlin und Oberbürgermeister Blüher-Dresden. Der Verein wendet sich an „alle Deutschen, die sich heute politisch heimatlos fühlen“. Er will die verfassungsmäßigen Rechtsgrundlagen wieder schaffen, die Selbstverantwortung und Mitverantwortung

ermöglichen, durch Anpassung des Weimarer Verfassungswerts an die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volks zur Verfassungsbedeutung zurückzuführen. Deutschland soll frei sein, es habe ein heiliges Recht auf die Lösung der aufgezogenen Verträge. Die Achtung vor der christlichen Meinung, vor der religiösen Überzeugung soll in Deutschland selbstverständlich sein, die wichtigen Grundlagen unserer Kultur sollen erhalten bleiben. Die soziale Gesetzgebung soll in den Grundlagen des Versicherungs- und Arbeitsrechtes erhalten bleiben. Verlangt wird eine Bauernsiedlung nach nationalen Gesichtspunkten und der Ausgleich der Interessen in Handels- und Agrarpolitik; die Autarkie sei abzulehnen.

Kerrel beim Reichspräsidenten

Berlin, 19. Sept. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute vormittag im Beisein des Reichszänglers von Papen den Präsidenten des preussischen Landtags, Kerrel, der dem Herrn Reichspräsidenten an Hand einer gleichzeitig überreichten Aufzeichnung die Auffassung des preussischen Landtags über die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen und des von diesem bisher geübten Verfahrens darlegte.

Die Aufgaben der Winterhilfe

Berlin, 19. Sept. Staatssekretär Dr. Grieser führte heute mittag vor Vertretern der Presse über die Aufgaben der Winterhilfe in diesem Jahr u. a. aus: Das Wort „Winterhilfe“ weckt Erinnerungen, Befürchtungen und Erwartungen. Auch für den Übergang von 1932 auf 1933 ist ein Winter der Not zu befürchten. Ende August war die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen um eine Million höher als um die gleiche Zeit des Vorjahres. Glückt der Wirtschaftspplan der Reichsregierung, dann ist mit einem Abbau der Arbeitslosigkeit und mit der Vermehrung von Arbeitsgelegenheit zu rechnen. Mit einer solchen Schicksalswende allein ist aber auch noch nicht die Massenarmut beseitigt, unter der die Gegenwart so schwer leidet. Millionen von Arbeitslosen werden noch einmal den Strapazen eines Winterfeldzugs ausgesetzt sein, mit ihnen Millionen von Frauen und Kindern. Das Wort Winterhilfe schließt aber auch die vertrauensvolle Erwartung in sich, daß dem Winter der Not ein Winter der Hilfe gegenübertritt wird. Die Deutsche Liga für freie Wohlfahrtspflege wird auch jetzt wieder zur Winterhilfe aufrufen. Der Reichspräsident und der Reichszangler werden den Aufruf durch ein Begleitwort unterstützen. Die Reichsregierung richtet an die Presse die herzliche Bitte, dem Aufruf zum Durchbruch zu verhelfen.

13. Kongreß der Christlichen Gewerkschaften

Düsseldorf, 19. Sept. In der Städtischen Tonhalle begannen heute die Verhandlungen des 13. Kongresses der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Der Vorsitzende des Verbandes, Otto, schilderte die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in den letzten drei Jahren. Die christlichen Gewerkschaften anerkennen, daß nicht alles an sozialpolitischen Errungenschaften in dieser juchhabenden Krise erhalten werden können. Das bedeute aber nicht, daß sie mit allen Einzelheiten der Regierungsmassnahmen einverstanden seien. Die Senkung der Produktionskosten könne nicht durch Herabsetzung der Löhne erreicht werden, sondern nur durch Abbau der hohen Steuern, Zinsen und der zu hoch betriebenen Verwaltungsbürokratie. Landesgeschäftsführer

Kaiser führte aus, die Volkserneuerung könne nur aus den breiten Schichten des Volkes kommen. Pflicht der deutschen Arbeiterkraft sei es, gefamides deutsches Volksbewußtsein zu pflegen. Arbeiterkraft und deutsches Volk seien eins.

100-Jahrfeier des Gustav-Adolf-Vereins Kundgebung am Völkerschlachtdenkmal

Leipzig, 19. Sept. Im Rahmen der 100-Jahrfeier des Gustav-Adolf-Vereins fand am Sonntag nachmittag am Völkerschlachtdenkmal eine von weit über 100 000 Teilnehmern besuchte Kundgebung, die auf sämtliche deutschen Kundfunksender übertragen wurde, statt. Nach dem Einmarsch der Fahnenabordnungen begann die Kundgebung um 4 Uhr mit der Festansprache des Mitglieds des Zentralvorstandes, Staatsminister a. D. Dr. Boelzig-Berlin. Der Gustav-Adolf-Verein, so führte der Minister aus, rufe mitten hinein in eine Zeit der Wirrnis, der Zersplitterung, des Zwiespalts und der Bedrängnis, das evangelische Deutschland und die evangelischen Glaubensgenossen aller Welt auf, zur Sammlung, zur Vereinigung, zum Bekenntnis. Die Legitimation dazu nehme der Verein aus seiner 100-jährigen Geschichte, in der er sich stets als Mahner des Volkes erwiesen habe. In dieser tiefen Notzeit, die wieder zur Schicksalsstunde Deutschlands werde, ruft ein gequältes Volk: „Wir wollen frei sein, wie die Väter waren“. Der Vermittlung, der Zersplitterung, dem Zwiespalt unserer Lage stellen wir das Bekenntnis zur Einheit entgegen. Gemeinam mit allen, die den Namen Christi führen, stellen wir uns der Flut der Gottlosigkeit entgegen, die vom Osten kommt. So unendlich viel der fürchterliche Zusammenbruch des Weltkrieges mit sich gerissen hat, eins blieb bestehen, unser Staat hat den ungeheureren Ansturm einer Welt gegen uns überdauert. Für ihn wollen wir leben, für ihn wollen wir kämpfen, daß er wieder ein christlich-deutscher Staat wird. Dr. Böllig forderte dann Gleichberechtigung für Deutschland und kam in diesem Zusammenhang auch auf die Frage des Auslandsdeutschtums zu sprechen, eine Frage, für die der Gustav-Adolf-Verein während der ganzen Zeit seines Bestehens stets besonderes Interesse bezeugt hat.

Die Ansprache, die durch musikalische Darbietungen eingeleitet war, schloß mit dem gemeinsamen Gesang des Lutherlieds: Eine feste Burg ist unser Gott.

Den Abschluß des ersten Tags bildete eine öffentliche Begrüßungsversammlung, in der Ministerpräsident Schiele die Glückwünsche der kaiserlichen Regierung überbrachte. Die Grüße des auswärtigen Amtes überbrachte Geheimrat Dr. Terdenge-Berlin, der besonders die Bedeutung der Gustav-Adolf-Arbeit für das Deutschtum im Ausland und im Hinblick auf die gesamte deutsche Außenpolitik betonte. Für den Kirchenbund und sämtliche deutschen Landeskirchen sprach Präsident Dr. D. Kappeler-Berlin. Der Gustav-Adolf-Verein sei der Wegbereiter des Deutsch-evangelischen Kirchenbundes geworden, und der Bannerträger des stämmigen evangelischen Gedankens. Es sprachen dann noch der Vorsitzende des Evangelischen Bundes, Vertreter des Martin-Luther-Bundes, des Reichsverbands der evangelischen Auslandsdeutschen, des Deutschen Evangelischen Missionsbundes und des Reichsverbands deutscher evangelischer Auslandsarbeit.

Reichstagswahlen in Schweden

Stockholm, 19. Sept. Das vorläufige Ergebnis der Wahlen zur zweiten Kammer ergab für die Konservativen 563 742 Stimmen (gegen 692 434 im Jahr 1928), Bauernbund 331 055 (263 501), Liberale 40 839 (70 820), Freisinnige Volkspartei 247 092 (303 995), Sozialdemokraten 1 013 176 (873 931), Schwed. Kommunisten 130 882 (151 567), Internationale Kommunisten 73 508, Nationalsozialisten 14 845. Es sind somit gewählt 58 Konservative, 15 Eiche verloren, 35 Bauernbund, 9 gewannen, 4 Liberale unverändert, 20 Freisinnige Volkspartei, 8 verloren, 104 Sozialdemokraten, 14 gewonnen, 6 schwedische Kommunisten, 2 verloren, 2 internationale Kommunisten, 2 gewonnen. — Die Wahlen sind offenbar durch den Kreuzer-Standal stark beeinflusst worden.

Die Regierung Hamrin hat ihr Rücktrittsgesuch eingereicht, das vom König angenommen wurde.

Zumpe in Amerika

Ein lustiger Roman von Jack Koenig
Übersetzung: Hans-Joachim Schöler, Leipzig C 1

12
So mußte sich Minister von Jedlitz entschließen, die Verlobung außerhalb seines Hauses zu feiern und bestellte den kleinen Saal, dann den großen Saal im Kaiserhof. Dreihundert Personen waren zusammengekommen. Minister von Jedlitz rechnete und rechnete. Allmächtiger... da kam er unter 3000 Mark nicht weg, und 3000 Mark bedeuteten für den, der nur von seinem Ministergehalt lebte, sehr viel. Er sprach mit seiner Frau lang und breit drüber. Frau Margot meinte, er müßte sich die Ausgabe eben auf zwei bis drei Monate verteilen. Da kam Anton mit Uchi. Sie hörten die Worte Frau Margots. „Lieber Schwiegervater, ich bitte Sie, machen Sie sich doch darum keine Sorgen, sondern erlauben Sie mir, die Angelegenheit in Ordnung zu bringen.“ „Aber, lieber Anton, das geht doch nicht!“ „Aber doch, warum soll das nicht gehen! Ich habe jetzt das viele Geld verdient, weiß aufrichtig gesagt nicht so viel dafür, denn ich sehr habe ich mich dabei wirklich nicht angestrengt. Nein, nein, lieber Schwiegervater, entweder wir feiern die Verlobung ganz unter uns, nur im engsten Familienkreise, oder ich trage die Unkosten.“ „Also gut denn, Antoni!“ lachte der Minister. „Dann werden Sie herappen!“ „Soll mir eine Ehre sein, lieber Schwiegervater!“ „Sagen Sie Anton, wenn Sie wieder von Amerika über kommen, was gedenken Sie da zu tun?“ „Ich? O ganz einfach, ich boze weiter. Gott, alle Jahre dann mal einen Boxkampf, das macht man so nebenbei.“ „Na, na!“ „Jawohl, so nebenbei! Ich lebe sowieso den Sportgrundlagen entsprechend, werde kein unnützes Fett ansetzen und halte mich ganz selbstverständlich leistungsfähig. Natürlich paßt mir das Ausruhen und das Warten auf den nächsten Kampf nicht.“ „Kann ich mir denken!“

„Ich habe meinen Plan schon gehabt! Ich lasse mich als... Reichstagsabgeordneter aufstellen.“ Einen Augenblick sahen sich der Minister und Frau Margot wortlos erstaunt an, dann lachten sie Tränen. „Anton, Sie sind ein Genie!“ rief der Minister unter Sachen. „Also Reichstagsabgeordneter! Welche Richtung?“ „Richtung: gesunder Menschenverstand! Bayernern lasse ich mich zwischen die Linke und Rechte. Ich denke, da bin ich richtig am Platze.“ „Unbedingt! Reichstagspräsident müßten Sie werden. Wenn Sie statt der Glocke Ihre Häufte gebrauchen, ich denke mir das viel wirkungsvoller.“ „Zweifellos! Vielleicht läme ein Ordnungsgeist hinein, der in der Geschichte des Parlamentarismus unerreicht dasteht! Aber das sind ja alles Zukunftsmusiken. Es ist gefährlicher, ich gehe jetzt erst mal daran, mir die Weltmeisterschaft zu holen.“ „Vernünftig! Was dann wird, ist heute noch nicht spruchreif! Jedenfalls habe ich keine Angst, daß das Geld Ihren Charakter verderben wird!“ „Um Gottes willen, das darf nicht eintreten. In dem Augenblick, da das einträte, wär's aus mit meiner Kraft und Sicherheit! Nein, nein, ich mach den ganzen Kram jetzt mit, schön, die Menschen sollen ihren Spaß haben, sie haben ja dafür bezahlt, aber dann... Schluß hiermit, dann will ich nur für Uchi leben.“ Uchi sah verklärt zu ihrem Anton auf. Der Minister und seine Frau blinzelten sich zu und erfreuten sich an dem strahlenden Glück ihres einzigen Kindes.

Die Verlobung war ein gesellschaftliches Ereignis, wie es einzig in Berlin dastand. Das ganze prominente Berlin gab sich ein Stelldichein im Kaiserhof und wünschte dem jungen Paar von Herzen Glück.

Antons unverwundliche Laune riß alle mit. Alle drängten sich um das Paar, jeder wollte ihm die Hand schütteln, sich mit ihm unterhalten. Anton war mit einem Schlage der Liebster der Nation. Sein frisches, ungekünsteltes Wesen, seine natürliche Liebenswürdigkeit und Frische gewannen ihm aller Herzen im Sturm.

„Unser Antoni!“ so sagte man.

Uchi war untagbar stolz auf ihren Anton. Frei und froh war ihr Herz, denn sie mußte: mein Liebster wird sich nie verlieren, den kann Geld und Gesellschaft nicht verderben. Und das war unsagbar beruhigend.

Herr von Jedlitz hatte seine Ministerkollegen eingeladen und alle waren mit ihren Frauen erschienen, sogar der Reichszangler kam und unterhielt sich lange mit Anton. Sie sprachen ausführlich über die Bedeutung des Sporterfolgs in den Beziehungen der einzelnen Staaten zueinander.

Anton hatte darin eine sehr klare, nüchterne Auffassung. Er sprach sich offen aus, und seine klare offene Art gefiel dem Kanzler ausgezeichnet.

„Famos, Herr Zumpe, wenn Sie diesen Richtlinien nachgehen, dann wird eine günstige Rückwirkung auf das Verhältnis der beiden Staaten eintreten. Sie haben recht, der große Wert sportlicher Leistungen besteht darin, daß sie die großen Volksmassen zwingen, sich für ein fremdes Land zu interessieren.“

„Unbedingt, Herr Kanzler, daraus sollten aber unsere Botschafter lernen.“

„Wie meinen Sie das?“

„Ich meine, Herr Kanzler, daß unsere Botschafter viel zu sehr im Verborgenen blühen. Nehmen wir an, das amerikanische Volk weiß, daß auch in Washington ein deutscher Botschafter sitzt, aber das ist auch alles. Fragen Sie aber 1000 Amerikaner nach dem Namen unseres Botschafters, dann wird vielleicht einer von den 1000 diesen wissen. Und das genügt nach meiner Auffassung nicht. Es ist nicht richtig, daß ein Botschafter lediglich in seinen gesellschaftlichen und diplomatischen Pflichten aufgeht, nein, er muß darum bemüht sein, daß ihn eine ganze Nation kennt und schätzt.“

„Also Populartät soll er schaffen?“

„Ja! Unbedingt, er muß nach außen wirken, muß seinen gesellschaftlichen Pflichtkreis erweitern, auf das ganze Volk ausbednen. Er muß — ohne Märschen und Extravaganzen — immer im Mittelpunkt des Interesses stehen. Das betreffende Volk muß seine Existenz in seinem Wirken nach außen deutlich spüren und das Wirken muß so sein, daß es dem ganzen Lande Hochachtung abzwingt und Veranlassung gibt, sich über den Mann zu freuen.“

(Fortsetzung folgt.)

die britische Regierung an den Botschafter eine Denkschrift gerichtet, die Maßnahmen zur Wahrung der Bestimmungen empfiehlt, aufgrund deren die Anleihen abgeschlossen werden sind. Der Gesamtbetrag dieser Anleihen beläuft sich auf 83 Millionen Pfund. Davon sind 40 Millionen in Großbritannien gezeichnet worden.

Straßer über die Lage

Brannschweig, 19. Sept. In einer nationalsozialistischen Kundgebung zur Reichstagswahl erklärte Reichstagsabg. Gregor Straßer, die Nationalsozialisten befinden sich zurzeit in einer schwierigen Lage. Es sei selbstverständlich, daß sie in die Regierung Papen nicht eingetreten seien. Die Rettungsmassnahmen für das deutsche Volk könnten nicht einfach befohlen werden. Auch mit dem besten Wirtschaftsprogramm würde Papen scheitern. Er werde schließlich noch vier oder fünf Monate mit den Bonapetten regieren. So lange könne die NSDAP warten. Arbeitsbeschaffung sei nur möglich mit Hilfe einer unmittelbaren Auftragserteilung von der Zentralstelle aus, also unter genauer Kontrolle des Staats. Ohne sozial-revolutionäre Einstellung gebe es keinen Wirtschaftsaufbau.

Grubenunfall in Oberschlesien.

Königsgrube, 19. Sept. Auf dem Krugshacht der Scharfseier-Gesellschaft in Königsgrube ereignete sich heute ein Grubenunfall. Infolge einer Erderstütterung stürzte in der dritten Abteilung des Schachtes die Kohlenwand ein und begrub die beiden Hauer Joseph Kubisa und Paul Wiczorek unter sich. Es gelang zwar der Rettungsgesellschaft, die beiden Verschütteten nach kurzer Zeit zu bergen; jedoch war Kubisa bereits verschieden. Wiczorek wurde in schwerverletztem Zustand ins Knappheitslazarett eingeliefert.

Graf Gravina gestorben.

Danzig, 19. Sept. Graf Gravina ist heute Abend um 10.20 Uhr gestorben. Graf Manfred Gravina ist im Jahre 1883 in Palermo geboren. Er machte zunächst in der Marine und der Luftschiffahrt Dienst und wurde 1906 zum Vizetronen in Schanghai ernannt. Dann befehligte er den Posten des Ehrenadjutanten des Königs von Italien. Von 1919 bis 1922 war er Marineattaché in Stockholm und bei sämtlichen skandinavischen Staaten beglaubigt. Bis 1925 führte ihn mehrere Aufgaben ins Ausland u. a. auch nach Danzig. Von 1924-29 gehörte er der italienischen Delegation beim Völkerbund als Delegierter an.

Zwischenfälle bei einer Rede Grzesinski in Kopenhagen

Kopenhagen, 20. Sept. Bei einer Veranstaltung, die die Gesellschaft der Arbeiter am 19. abends abhielt, sprach der frühere Polizeipräsident von Berlin, Grzesinski. Während seiner Ausführungen kam es zu Unruhen. Einige Kommunisten begannen den Redner mit Tomaten zu bewerfen. Versammlungsteilnehmer entfernten darauf die Kommunisten aus dem Saal. Später sammelten sich diese auf einem öffentlichen Platz. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. Drei der Hauptunruhestifter wurden verhaftet. Zwei Polizisten wurden durch Steinwürfe leichter verletzt.

Das Dampfschiff „Graf Zeppelin“ ist, nachdem es aus Rio de Janeiro zurückgekehrt war, am Montag früh 1.10 Uhr Greenwicher Zeit in Pernambuco zur Rückfahrt nach Friedrichshafen gefahren.

Revolte im Erziehungsheim. Im Erziehungsheim „Schloß Dehrn“ bei Ulm-Burg-Ordnung brach am Sonntagabend infolge politischer Verhetzung eine Revolte aus. Die Zöglinge zertrümmerten Fenster, Türen und Einrichtungsgegenstände und versuchten zu flüchten. Feuerwehr und Landjäger stellten die Ordnung wieder her. Zahlreichen Zöglingen ist die Flucht gelungen. Fünf Rädelführer wurden verhaftet. Der Schaden soll etwa 3000 Mark betragen. Im vorigen Jahr wurde das Heim schon einmal durch Brandstiftung zweier Zöglinge schwer beschädigt.

Abgestürzt. Am sogenannten Obeliskens Sessagni unweit des Kuntelpasses ist am Sonntag der 20 Jahre alte Karl Bruno Münch aus Hemmighofen bei Teitnang abgestürzt. Eine Rettungstolonie brachte den in Ehur Wohnhaften zu Tal. Er wird in Ehur beigelegt.

Handel und Verkehr

Die B33 stimmt der Diskontsenkung zu

Die Schweizerische Depeschenagentur meldet: In der Sitzung der Leiter der B33, in Basel am Samstag ist es den Vertretern der Deutschen Reichsbank gelungen, die Bedenken zu zerstreuen, die von den Gläubigern gegen die beabsichtigte Diskontsenkung vorgebracht wurden. Infolgedessen hat der Verwaltungsrat der B33, am Montag den deutschen Antrag angenommen, daß der § 29 Absatz 3 des Reichsbankgesetzes (keine Diskontsenkung, solange die Golddeckung sich unter 40 v. H. bewegt) entsprechend geändert werde. Der Senkung des Reichsbankdiskonts steht somit nichts mehr im Weg.

Der deutsche Schweinebestand um 4,6 v. H. zurückgegangen

Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts ist bei der Schweinezählung am 1. September d. J. ein Gesamtbestand von 24,2 Millionen Tieren ermittelt worden. Gegenüber dem September-Bestand des Vorjahres ist somit die Gesamtzahl der Schweine um 1,2 Millionen Tiere (4,6 v. H.) zurückgegangen. In dem Rückgang sind in der Hauptsache die unter 1/2 Jahr alten Schweine beteiligt.

Berliner Pfundkurs, 19. Sept. 14,62 G., 14,66 B.

Berliner Dollarkurs, 19. Sept. 4,209 G., 4,217 B.

Der Privatdiskont wurde am Montag, nachdem eine Senkung der offiziellen deutschen Diskontsätze für Dienstag erwartet wird, um 0,5 auf 4 Proz. ermäßigt.

Die Grobhandelsmeßzahl für Schlachtvieh vom 14. Sept. 1932 ist mit 68,0 gegenüber dem 7. September (68,8) weiter um 1,2 v. H. gesunken. 1913 gleich 100.

Der Silberbestand der Reichsbank betrug am 15. September 1932 235,64 Mill. RM. In der Vormoche sind der Reichsbank 28,74 Mill. RM. Silbermünzen zugeflossen.

Postverkehr im August. Die Zahl der Postschekkonten ist im August 1932 um 514 auf 1.017.420 gestiegen. Die Guthaben auf den Postschekkonten betragen im Monatsdurchschnitt 440,76 Millionen RM., Ende August 411,99 Millionen RM. Bei einem Gesamtumlauf von 55,54 Millionen Stück über 8156,5 Millionen RM. erlösigen 44,75 Millionen Guthabenscheine über 4074,4 Mill. RM. und 20,59 Mill. Postschekbriefen über 4082,1 Mill. RM. Dem Gesamtumlauf wurden 6486,2 Mill. RM. bargeldlos eingelassen.

Stuttgart, 19. Sept. Die heutige Börse eröffnete in unsicherer Haltung bei behaupteten Kursen. Im Verlauf und zum Schluß wenig Veränderung. Am Rentenmarkt waren die Kurse unregelmäßig. Der Aktienmarkt war bei mäßigen Umsätzen behauptet. Deutsche Bank und Diskont-Gesellschaft, Filiale Stuttgart.

Stuttgarter Landesproduktionsbörsen, 19. Sept. Auf dem Getreidemarkt sind in abgelaufener Woche keine wesentlichen Veränderungen eingetreten. Das Angebot in Inlandsware ist nicht dringend, aber auch die Käufer bedachten die Zurückhaltung, da besonders die Mägen über schwachen Nachschub klagen. Der heutige Saatmarkt war gut besucht; Umsätze wurden hauptsächlich in kleineren Quantitäten getätigt. Es notierten je 100 kg.: Weizen (neue Ernte) 21-22 (am 12. Sept. um), Roggen (neue Ernte) 18,25-18,75 (um), Branntgerste 17-18,50 (um), Futtergerste 16-16,50 (16-17), Hafer 13-14 (13,50-14), Wiesensheu (loose) 3-4 (um), Strohheu (loose) 4,50-5,50 (um), drahtgepresstes Stroh 2,80-3 (um), Weizenmehl Spezial 0 34,75 bis 35,25 (35,50-36), Brotmehl 26,75-27,25 (27,50-28), Mele 8,75-9 (um) Mark.

Märkte

Schweinepreise. Ballingen: Milchschweine 12-20. — Blausfelden: Milchschweine 12-18. — Crailsheim: Käufer 30-40, Milchschweine 10-17. — Giengen a. Br.: Saugschweine 13-21, Käufer 22-36. — Göggingen: Milchschweine 8-14, Käufer 19-35. — Hall: Milchschweine 12-19. — Heilbronn: Milchschweine 12-18, Käufer 28-35. — Heilbrunn: Milchschweine 13-20. — Künzelsau: Milchschweine 14-21. — Marbach: Milchschweine 14-21. — Neuzugheim: Milchschweine 14-22. — Oehringen: Milchschweine 13-20. — Rottweil: Milchschweine 11-17. — Ulm: Ferkel 15 bis 21. — Vaihingen a. E.: Milchschweine 11-19. — Weighheim: Milchschweine 12-15, Käufer 27-28. — Wopfingen: Milchschweine 11,50-17, Käufer 37. — Württemberg: Milchschweine 17-25, Käufer 28-40.

Obstpreise. Herrenberg: Mostäpfel 4-4,50, Mostbirnen 3,50, Tafeläpfel 7-12, Tafelbirnen 10-15, Zwetschgen 8-10. — Neuenstein: Tafeläpfel 7-10, Tafelbirnen 7-12, Wirtschaftäpfel 5-6,50, Zwetschgen 7-9, Mostobst 3,25-4,25. — Rüttlingen: Äpfel 4,50-5,50, Birnen 3,50-4,20 M.

Fruchtpreise. Ballingen: Haber 7-7,20, Dinkel 9-10, Weizen 12,50-13,50, Gerste 8,50. — Crailsheim: Dinkel 8,20-8,30, Weizen 10-10,20, Roggen 8,50, Haber 5,80, Gerste 7,50-7,65. — Giengen a. Br.: Weizen 10-10,50, Roggen 8,50-8,60, Gerste 7,50-8,20, Haber 5,50-6,10, Kernen 10,50. — Tübingen: Weizen 10-11,50, Dinkel 8-9, Gerste 7,50-8, Haber 6,20-7,30 M.

Hopfenmarkt. Die abgeschlossene Berichtswoche brachte dem Rührberger Hopfenmarkt immer noch nicht die allseitig erhoffte Geschäftsbelebung. Die Zufuhren haben sich zwar erheblich vermehrt (700 B.), doch ist die Stimmung sehr ruhig. Begehrt waren wieder alle Herkunft und Beschaffenheiten. Das Hauptinteresse, besonders an prima Ware, zeigte die Deutsche Hopfenvertriebsgesellschaft, aber auch der Handelshandel und einige Brauereien traten als Käufer auf. Prima Hallertauer Hopfen und Hersbrucker Gebirg blieben im Preis vollkommen unverändert, Mittelforten davon neigten zugunsten der Käufer. Dagegen haben Teinanger und Spalter infolge der knappen Bestände weiter angezogen. Die Preise für prima Hopfen wurden teils unter Beteiligung der Deutschen Hopfenvertriebsgesellschaft erzielt. Nach marktähnlicher Feststellung notieren: Hallertauer Ia 120-130, Ha 100-115, Teinanger Ia 150-165, Hersbrucker Gebirg Ia 90-135, Ha 75-85, Spalter Ia 150-180, Ha 110-125 M je Ztr. Gesamtwochenumlauf 400 B. Schlußstimmung sehr ruhig, Preise für prima fest.

Die Hopfenernte ergab fast durchweg ein hervorragend glattes, schweres und lupulinhaltiges Erzeugnis, wie es noch selten geerntet wurde. Die Menge blieb meist hinter der Schätzung zurück.

Beihwächsel. Durch Kauf ging das Elektrizitätswerk in Buchau a. N. in den Besitz der fah. Stadtpfarrgemeinde (Schloßkirchenpflege) dort über. Das künftige wirtsch. Aussehen samt Grundbesitz soll nach seiner Neuerrichtung ein Mittelpunkt des fah. Gemeinde- und Vereinslebens werden.

Das Wetter

Hochdruck kommt allmählich wieder mehr zur Geltung, jedoch für Mittwoch und Donnerstag mehrmals heftiger und wieder trübes Wetter zu erwarten ist.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Mittwoch, 21. September:
8.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Gemeindef. 6.30: Wetterbericht, Nachrichten, 10.00: Sonntag, 11.00: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht, 11.30: Wetterbericht, 12.00: Sonntag, 13.00: Zeitangabe, Wetterbericht, Nachrichten, 13.30: Wetterbericht, 14.00: Nachrichten, 15.00: Sonntag, 16.00: Zeitangabe, Wetterbericht, 16.30: Wetterbericht, 17.00: Nachrichten, 18.00: Sonntag, 19.00: Zeitangabe, Wetterbericht, Nachrichten, 20.00: Sonntag, 21.00: Wetterbericht, Nachrichten, 22.00: Sonntag, 23.00: Zeitangabe, Wetterbericht, Nachrichten, 23.45-24.00: Sonntag.

Gestorbene: Bernhard Günther, Baiersbrunn-Steinberg.

Bekanntmachung
Sämtliche Gebäudeeigentümer, die neue Gebäude errichtet, oder bestehende baulich verändert haben, oder Zubehörend neu eingezogen oder entfernt haben, werden aufgefordert, dies, falls noch nicht geschehen, bis spätestens 1. Oktober 1932 anzumelden.
Näheres siehe Anschlag am Rathaus.
Nagold, den 19. September 1932. 773
Bürgermeisteramt.

Stadtgemeinde Nagold.
Die Brandschuldensumme-Schuldner, die die Umlage für 1932 noch nicht bezahlt haben, werden aufgefordert, dies bis spätestens 30. September ds. Js. nachzuholen. Ab 1. Oktober muß ein 10prozentiger Zuschlag zur Umlage erhoben werden.
Nagold, den 19. September 1932. 769
Stadtpflege.

Saatgut-Angebot
Langs Erubilo Saatweizen Original, Steiner roter Tyroler Dinkel I Abfaat. Anerkannt von der D.L.G. und der Würtbg. Landwirtschaftskammer
Saatzbauwirtschaft Hofenmähringen
J. Hermann, Mähringen Telefon 75

Freiwillige Feuerwehr Nagold.
Am Sonntag, 25. Sept., rückt die 1. Kompanie mit Weckerlinie zur Übung aus. Vollständiges Erscheinen dringender erforderlich. Entschuldigungen werden nur in ganz dringenden Fällen anerkannt. Antreten präzis 7 Uhr beim Gerätehaus.
Das Kommando.

Bestellungen auf Mostobst und Speigeltberüben zum Einlegen, nimmt entgegen
Keck-Lächler.

Bergebung von Bauarbeiten
Für den im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms als Hofhandarbeit durchzuführenden Bau der ersten Teilstrecke des Bauteils 2 der Kleinenzaltstraße
auf den Markungen Igenbach und Neumeyer sind auf Grund der Verdingungsordnung für Bauleistungen, der Technischen Vorschriften für Bauleistungen, sowie der „Besonderen Bedingungen für die Bauten des Arbeitsbeschaffungsprogramms im Landstraßenbau“ vorbehaltlich der endgültigen Bereitstellung der Geldmittel für dieses Bauwesen folgende Arbeiten und Lieferungen nach dem Preisangebotsverfahren zu vergeben:
Erdaushub 32 000 cbm., Reinsplanie 4800 lfd. Mtr., Vorlage 24 000 qm., Aufgellaltfahotter 4000 Kubikmeter, Walzarbeiten 3600 cbm., Zementröhrendohlen 1200 lfd. Meter, Sicherheitssteine 800 Stück, Betonierungsarbeiten 60 cbm.
Die Verdingungsunterlagen können im Baubüro der Kleinenzaltstraße in Calmbach während der Dienststunden eingesehen werden. Dort werden auch Leistungsverzeichnisse zum Preis von 2 RM. abgegeben.
Die Angebote sind in verschlossenem Umschlag, mit der Aufschrift „Angebot Kleinenzaltstraße“ versehen, bis spätestens Dienstag, den 27. September nachmittags 2 Uhr beim Baubüro der Kleinenzaltstraße in Calmbach einzureichen. Zu dem genannten Zeitpunkt erfolgt dort die Öffnung der Angebote, der die Bieter oder deren Bevollmächtigte anwohnen können. Zuschlag erfolgt nach endgültiger Verwilligung der Geldmittel.
Calmbach, den 17. September 1932. 765
Straßen- und Wasserbauamt.

Achtung! Sonderverkauf! Ein großer Poppen
Dreh- und Gleichstrom-Motoren
in allen Größen zu ihren geringsten Preisen abzugeben. Bestellungen bis unter Angabe „Güma“, Frankfurt a. M., Kirchberger Steinstraße 99
„Nissin“
1401 Lötes
Kopfläuse samt Brat
Apotheke Nagold.

Wer nicht nach Menge wählt, sondern auf Güte hält, trinkt
1 Ztr.-Fl.
1929er Rotwein
Banater Schwaben 135
a. dt.
Orig. Schwab. Siedlergemeinschaft
Carl Schwan, Weinhandlung. 70

Wer wagt gewinnt!
Kaufen darum auch Sie ein Loos aus der Kollekte von
G. B. Jäger, Buchhandlung, Nagold
Geldlotterie zugunsten der berühmten Grünwaldkapelle in Stuppach OA. Mergentheim
Ziehung 27. Okt. 1932. Höchstgewinn auf ein Doppellos 5000 M., auf ein Einzellos 2500 M. Lospreis 50 J., Doppellos 1 M.
Künstlerhilfe-Geldlotterie
Ziehung 24. November 1932. Lospreis 50 J., Höchstgewinn 3000 M.

Zwanzigjähriges 771
Mädchen
in allen häuslichen Arbeiten gut bewandert sucht für sofort oder später Stellung.
Ottile Vogelmann
b. Schurr, Steinberg.

Zm 779
Weiß- und Kleider-Nähen
empfiehlt sich
Franz Barb. Renz, Wwe.
am Wolfberg.
Guterhaltene
Kinder-
Sportwägel
zu kaufen gesucht.
Schriftl. Ang. unter Nr. 768 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Suche für jüngeres
Mädchen
das schon gedient hat, gute Stelle.
Schwester Karoline.

Lesen Sie die interessante Zeitschrift
WAHRE DETEKTIV
Geschichten
Jetzt doppelter Umfang
Jeden Monat ein Heft zum Preise von
50 Pfg.
Die „Wahren Detektiv Geschichten“ bringen nur wahre, mit Originalphotos illustrierte Schilderungen spannender Detektivabenteuer.
zu beziehen durch
G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold